

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



SGSA, Postfach 4009, 39015 Magdeburg

Per E-Mail an die

Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder
des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses
des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt

Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt (SGSA)
- Landesgeschäftsstelle -
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444

E-Mail: post@sgsa.info
Internet: www.komsanet.de

Bank: Stadtparkasse Magdeburg
Konto-Nr. 3600 2900 BLZ: 810 532 72

Auskunft erteilt Herr Baier
Durchwahl: 0391 5924-340

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Datum

00-00-72 la-we

23.04.2013

**Niederschrift der 40. Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses am
06.03.2013 in Merseburg**

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 14:20 Uhr

Anwesend:

a) Mitglieder:

Herr Braumann
Herr Hermann
Herr Küper
Herr Krupp-Aachen
Frau Rauer
Herr Dr. Scheidemann
Herr Schmieder
Herr Westrum

Stadt Könnern
Stadt Bitterfeld-Wolfen
Stadt Naumburg (Saale)
Stadt Haldensleben
Stadt Köthen (Anhalt)
Landeshauptstadt Magdeburg
Stadt Dessau-Roßlau
Hansestadt Stendal

b) stellv. Mitglieder:

Frau Dr. Kaaden
Herr Rudo
Herr Schmidt
Frau Uhlig
Frau Wagner

Stadt Merseburg
Stadt Wernigerode
Stadt Schönebeck (Elbe)
Stadt Aschersleben
Stadt Weißenfels

c) Gast:

Herr Karnop

Ministerium für Landesentwicklung
und Verkehr Sachsen-Anhalt

d) Landesgeschäftsstelle

Herr Baier
Frau Laumann

Referent
Sachgebietsleiterin

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift der 39. Sitzung
3. Städtebauförderung - Streichung des Programms „Städtebauliche Sanierung und Entwicklung“
Referent: Herr Stappenbeck, MLV LSA
4. Verbesserung der ÖPNV Feinerschließung in Sachsen-Anhalt
Referent: Herr Karnop, MLV LSA
5. Diskussion zum Abschlussbericht und Einschätzung der Vorschläge der Kommission zur Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung (Daehre Kommission)
6. Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Sachsen-Anhalt
7. Rückforderung von Fördermitteln wegen nicht produktneutraler Ausschreibung
8. Probleme der Umlage der Unterhaltungsverbandsbeiträge in Sachsen-Anhalt
9. Mitteilungen
 - 9.1 Schrottimmobilien
 - 9.2 Novelle des Landesplanungsgesetzes
 - 9.3 Lärmkartierung
 - 9.4 Arbeitskreis Zweckverbände
 - 9.5 Landesbauordnung
 - 9.6 Normenkontrollverfahren gegen LEP
 - 9.7 Musterverfahren Zinsen Städtebauförderung
 - 9.8 Änderung des Verfahrens zur Abrissförderung
 - 9.9. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte zur Lärmbelästigung durch erhöhten Straßenverkehr nach Eröffnung eines Einkaufszentrums
 - 9.10 EU-Parlament fordert stufenweise Reduzierung des Autolärms
 - 9.11 DStGB-Ausschuss für Städtebau und Umwelt diskutiert Ziele der Energiewende
 - 9.12 Pressemitteilung des DST gegen die Privatisierung der Wasserversorgung
 - 9.13 DST zu Wohnraummangel und Mietenentwicklung in den Städten
 - 9.14 4. Eisenbahnpaket der EU-Kommission

10. Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

11. Verschiedenes

Ort und Zeit der nächsten Sitzung

Zu TOP 1 - Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Küper begrüßt die Teilnehmer und eröffnet die Sitzung. Die Bürgermeisterin der Stadt Merseburg, Frau Dr. Kaaden, begrüßt die Teilnehmer und stellt kurz die historische, städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Merseburg dar.

Zu TOP 2 - Genehmigung der Niederschrift der 39. Sitzung

Die Niederschrift der 39. Sitzung wird vom Vorsitzenden als genehmigt festgestellt.

Zu TOP 3 - Städtebauförderung - Streichung des Programms „Städtebauliche Sanierung und Entwicklung“

Herr Baier berichtet, dass das Programm „Städtebauliche Sanierung und Entwicklung“ überraschend aus der Verwaltungsvorschrift „Städtebauförderung 2013“ gestrichen worden sei, obwohl die Landesgeschäftsstelle dem Deutschen Städte- und Gemeindebund das dem Vorbericht beigelegte Schreiben vom 19.11.2012 übersandt hatte.

Darin wurden die bei einer Streichung des Programms entstehenden Probleme beschrieben. Bund und Länder hätten sich trotzdem auf die Streichung ohne Übergangsfrist verständigt. Von Herrn Düsterdiek, DStGB, erhielt Herr Baier die Information, dass der Bund von der planmäßigen Fertigstellung aller durch das Programm „Städtebauliche Sanierung und Entwicklung“ geförderten Maßnahmen ausgehe. Die Länder sollten entsprechende Lösungen finden.

Der zuständige Referatsleiter im MLV, Herr Stappenbeck, habe angedeutet, dass begonnene Maßnahmen durchfinanziert werden können, wenn sie auch jetzt schon über andere Städtebauförderprogramme gefördert würden.

Frau Rauer berichtet, dass das MLV in den Städten angefragt habe, welche Projekte dringend zu Ende geführt werden müssen.

Herr Westrum bedauert den Wegfall dieses Programmes, weil die Förderbedingungen des Programmes „Städtebauliche Sanierung und Entwicklung“ eine hohe Flexibilität ermöglichen.

Herr Rudo weist in diesem Zusammenhang bei den begonnenen Maßnahmen auch auf die Probleme der Ausgleichsbeträge hin.

Herr Küper findet, dass die Bundesländer sich gegen das einseitige und nicht abgestimmte Vorgehen des Bundes wehren müssten. Er regt an, dass die kommunale Seite über die Bundesverbände erneut eine Initiative ergreift, um das Auslaufen des Programms, wie seinerzeit zugesagt, erst in 2018/19 in Kraft treten zu lassen. Er appelliert an den Ausschuss, die regionalen Bundestagsabgeordneten auch im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl mit dem Problem zu konfrontieren.

Frau Dr. Kaaden stellt heraus, dass in Merseburg bis ca. 2024 ein Förderbedarf in Höhe von 15 Mio. Euro vorhanden sei. Durch den Wegfall des Programmes werde die Stadtentwicklung erschwert.

Herr Baier berichtet, dass das Bundesbauministerium gegenüber den Bundesverbänden argumentiere, dass mit Wegfall des Programmes Gelder in andere Förderprogramme umgeschichtet und eine gezieltere Förderung erreicht werden solle.

Abschließend sprechen sich die Ausschussmitglieder für die Durchführung einer Sitzung vor der Sommerpause aus, um das Thema gemeinsam mit dem Ministerium zu diskutieren.

Zu TOP 4 - Verbesserung der ÖPNV Feinerschließung in Sachsen-Anhalt

Herr Karnop, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr, stellt mit der als **Anlage 1** beigefügten Power-Point-Präsentation erste Überlegungen zur ÖPNV-Feinerschließung in Sachsen-Anhalt vor.

Herr Küper dankt Herrn Karnop für den Vortrag. Nach seiner Auffassung sei eine bedarfsgerechte Organisation des ÖPNV vor Ort das eigentliche Problem. Bisher übernehmen die Landkreise als Aufgabenträger die Organisation des Öffentlichen Nahverkehrs. Die entsprechende Nähe zum Kunden habe der Landkreis nicht. Eine bessere Abstimmung vor Ort, insbesondere auch unter Hinzuziehung der städtischen Angebote und Linien, sei überlegenswert. Für ihn stelle sich die Frage, ob das Ministerium auch über eine Aufgabenübertragung auf die Gemeinden nachdenke.

Herr Karnop sagt, dass die derzeitige Rechtslage nach ÖPNV-Gesetz LSA eine Übernahme der Aufgabe auf die Gemeinden nicht zulasse. Bei einer entsprechenden inhaltlichen Diskussion könne er sich aber eine Änderung vorstellen.

Herr Baier stellt in der Diskussion heraus, dass die Landesmittel für den öffentlichen Personennahverkehr perspektivisch weniger werden und auch der demografische Wandel, insbesondere im ländlichen Raum, massiv weiter fortschreiten werde. Für ihn stelle sich die Frage, wie viel ÖPNV der gemeindliche Raum benötige und wie dieser attraktiv und bezahlbar bleiben solle. Kann und soll der ÖPNV alle individuellen Bedürfnisse abdecken?

Herr Schmidt betont, dass für Lösungen, die individuelle Angebote ermöglichen, eine Anschubfinanzierung durch das MLV gegeben werden müsse.

Herr Hermann führt aus, dass Gemeinden als Aufgabenträger durchaus den ÖPNV realisieren könnten. Dies sei aber keine Pflichtaufgabe und es müsse dann auch an den Ortsgrenzen eine Abstimmung mit dem Landkreis für den übrigen Raum vollzogen werden.

Frau Dr. Kaaden berichtet über eine Studie der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg, wonach der Öffentliche Personennahverkehr bei der Bevölkerung eine eher untergeordnete Rolle spiele. Eine Vollversorgung im ländlichen Raum sei sicherlich positiv, aber künftig nicht finanzierbar.

Herr Rudo gibt zu bedenken, dass die Angebote vor Ort, welche von den Landkreisen organisiert werden, nicht den wirklichen Bedarf abdecken. Die Stadt Wernigerode arbeite bei den Planungen zum Öffentlichen Personennahverkehr mit dem Landkreis zusammen. So wurde ein City-Bus-System als Ergänzung zu den Angeboten des Landkreises geschaffen. Dadurch konnte ein Anstieg der Fahrgastzahlen verzeichnet werden. Die Anbindung dieses Systems koste die Stadt Wernigerode jährlich ca. 250.000 bis 300.000 Euro.

Frau Rauer stellt heraus, dass die Organisation des Öffentlichen Personennahverkehrs in den urbanen Städten nicht das Problem sei. Die Versorgung des ländlichen Raumes mit einer Grundversorgung sollte auch zukünftig gesichert werden.

Zu TOP 5 - Diskussion zum Abschlussbericht und Einschätzung der Vorschläge der Kommission zur Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung (Daehre Kommission)

Herr Baier führt unter Bezug auf den Vorbericht in die Thematik ein. Er bittet die Teilnehmer um Einschätzung zu der von der Kommission vorgeschlagenen Fondslösung und zu einer möglichen Ausweitung der Nutzerfinanzierung.

Herr Krupp-Aachen stellt heraus, dass sich das jährliche Defizit laut Abschlussbericht der Kommission auf 7,2 Milliarden Euro belaufe. Davon entfielen ca. 2,0 Milliarden Euro auf Gemeindestraßen. Eine Verteilung der Mittel entsprechend dieses Maßstabes sei wünschenswert.

Herr Küper unterstützt den Vorschlag einer Fondslösung.

Nach Abschluss der Diskussion spricht sich die Mehrheit des Ausschusses für den Fondsvorschlag der Kommission aus.

Frau Laumann berichtet, dass in der Kreisvorstandskonferenz am 22.04.2013 in Wittenberg Herr Bauminister a.D. Dr. Daehre den Abschlussbericht der Kommission vorstellen und zur Diskussion stellen werde. Der Ausschuss werde im Nachgang dazu informiert.

In diesem Zusammenhang weist Herr Dr. Scheidemann auf die erneut hohe Quote an Winterschäden im Straßennetz der Gemeinden hin. Er regt einen Vorstoß zur Wiederauflage des Schlaglochprogrammes des Landes an. Die Landesgeschäftsstelle wird gebeten, entsprechende Gespräche mit dem Land zu führen.

Zu TOP 6 - Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Sachsen-Anhalt

Herr Baier informiert unter Bezugnahme auf das dem Vorbericht beigelegte Schreiben, dass Herr Minister Webel die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Sachsen-Anhalt durch die kommunalen Spitzenverbände angeregt habe. Nach Auffassung des Ministers könne die Entwicklung des Radverkehrs in Sachsen-Anhalt über interkommunale Zusammenarbeit und Kooperation mit dem Land forciert werden. Auch der Landkreis Harz stehe diesem Thema durchaus positiv gegenüber und könne sich die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft vorstellen.

Herr Küper gibt zu bedenken, dass dieses sicherlich sehr gute und wünschenswerte Thema zur Diskussion stehen müsse, aber seiner Auffassung nach die gemeindliche Seite ebenso wie die Landesgeschäftsstelle keine personellen Ressourcen zur Bildung und Betreuung einer AGFK habe.

Frau Rauer und Herr Dr. Scheidemann unterstützen diese Aussage.

Herr Schmieder führt aus, dass in Dessau-Roßlau unter Zuständigkeit des Tiefbauamtes sehr bewusst und inhaltlich stark ausgeprägt die Förderung des Radverkehrs diskutiert werde. Eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Landes wäre sicherlich zu begrüßen. Einen vorgelagerten Erfahrungsaustausch der Kommunen untereinander durch Organisation der Stadt Dessau-Roßlau könne er sich gut vorstellen.

Frau Dr. Kaaden hält die Förderung des Radverkehrs für sehr wichtig und würde die Gründung einer AGFK begrüßen. Die Städte und Gemeinden sollten sich in diesen Prozess einbringen und das Thema nicht allein den Landkreisen überlassen.

Herr Küper fasst die Diskussion zusammen und bittet die Landesgeschäftsstelle, dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr mitzuteilen, dass die Gemeinden durchaus die Behandlung des Themas Förderung des Radverkehrs in Sachsen-Anhalt begrüßen, derzeit aber weder ausreichende finanzielle noch personelle Kapazitäten zur Gründung einer AGFK hätten. Bei entsprechender Tagesordnung und Leitung der Arbeitsgruppe durch das Land würden jedoch sicherlich fachkundige Mitarbeiter zu einem Erfahrungsaustausch zur Verfügung stehen.

Zu TOP 7 - Rückforderung von Fördermitteln wegen nicht produktneutraler Ausschreibung

Herr Baier informiert, dass der SGSA am 18.10.2012 ein Gespräch mit dem Landesverwaltungsamt und einigen betroffenen Städten und Gemeinden geführt habe. Das Landesverwaltungsamt habe in dieser Beratung die Argumente der Betroffenen zurückgewiesen und erklärt, an der derzeitigen Rückforderungspraxis festzuhalten. Danach habe sich der Innenausschuss des Landtages am 23.11.2012 mit diesem Thema befasst. Nach dort geführter Diskussion habe Herr Staatssekretär Prof. Dr. Gundlach eine kommunalfreundliche Lösung in Aussicht gestellt. Seitdem gäbe es allerdings von Seiten des Innenministeriums keine weiteren Informationen, wie eine kommunalfreundliche Lösung aussehen könnte. Von den Rückforderungen bzw. Kürzungen seien derzeit ca. 50 Gemeinden und 5 Landkreise betroffen. Die Verbandsgemeinde An der Finne, die Gemeinde Hohe Börde und die Stadt Haldensleben haben beschlossen, gegen die Bescheide des Landesverwaltungsamtes Klage zu erheben.

Herr Krupp-Aachen berichtet, dass vom Landesverwaltungsamt aufgrund der Prüfung der Verwendungsnachweise zum Konjunkturpaket II festgestellt wurde, dass die Stadt nicht produktneutral ausgeschrieben habe.

Mehrere Teilnehmer informieren, dass sie produktneutral ausgeschrieben haben und Kürzungen deshalb für sie kein Thema seien.

Herr Küper berichtete von der Stadt Naumburg (Saale), dass das Rechnungsprüfungsamt der Stadt auf produktneutrale Ausschreibung achte.

Die Teilnehmer sind interessiert an dem Schriftsatz der Verbandsgemeinde An der Finne.

Herr Baier wird eine Weitergabe an den Ausschuss mit Herrn Verbandsgemeindebürgermeister Ullrich besprechen.

Zu TOP 8 - Probleme der Umlage der Unterhaltungsverbandsbeiträge in Sachsen-Anhalt

Herr Baier führt aus, dass das Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt am 22.02.2013 beschlossen wurde. Leider läge der Landesgeschäftsstelle noch keine Endfassung vor. Er informiert dann über die wesentlichen Änderungen. Die Hauptforderungen des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt, z.B. das zweistufige Abwälzungsverfahren bei der Gewässerunterhaltung abzuschaffen, sei von den Parlamentariern abgelehnt worden. Eine Zusammenfassung der Neuregelungen des Wassergesetzes werde in einem Mitgliederrundschreiben im Nachgang an die Gemeinden gegeben.

Zu TOP 9 - Mitteilungen

Die Mitteilungen wurden in den Punkten 9.1, 9.2, 9.4, 9.5, 9.6, 9.9 bis 9.14 zur Kenntnis genommen.

9.3 - Lärmkartierung

Herr Baier berichtet, dass die Eilverfahren vor den Verwaltungsgerichten Halle und Magdeburg als auch vor dem Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt zu Gunsten des Landes entschieden wurden. Das Landesverwaltungsamt habe allerdings die Widerspruchsbescheide an die Städte Naumburg (Saale) und die Gemeinde Wolmirsleben noch nicht erlassen. In den anstehenden verwaltungsgerichtlichen Hauptsacheverfahren sehe die Landesgeschäftsstelle weiterhin gute Erfolgsaussichten für die Mitglieder.

9.7. Musterverfahren Zinsen Städtebauförderung

Herr Baier berichtet, dass das Landesverwaltungsamt seine Berufung zum Oberverwaltungsgericht begründet hat. Ein Termin zur Verhandlung bzw. Entscheidung sei noch nicht bekannt.

9.8 Änderung des Verfahrens zur Abrissförderung

Herr Baier führt unter Bezugnahme auf den Vorbericht in die Thematik ein.

Herr Westrum und Herr Schmieder sprechen sich gegen die avisierte Rahmenvereinbarung zwischen MLV, IB und Gemeinden aus.

Die anderen Ausschussmitglieder sehen darin keine Probleme sondern eher eine Arbeitserleichterung.

Herr Baier betont, dass jede Stadt oder Gemeinde für sich entscheiden könne, ob sie der Rahmenvereinbarung beitrete.

Sobald die Entwürfe der Rahmenvereinbarung und des Mustervertrages vorliegen, werde die Landesgeschäftsstelle sie mit der Bitte um Stellungnahme an die Mitglieder übersenden.

9.14 4. Eisenbahnpaket der EU-Kommission

Herr Karnop, MLV, berichtet über Details des 4. Eisenbahnpaketes der EU.

Zu TOP 11 - Verschiedenes

Die 41. Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses des SGSA wird auf Einladung der Landeshauptstadt Magdeburg am Mittwoch, dem **05.06.2013, 10 Uhr, voraussichtlich in der Denkfabrik Magdeburg** stattfinden. Hauptthema werde die Streichung des Programms „Städtebauliche Sanierung und Entwicklung“ sein. Die Landesgeschäftsstelle wird gebeten, Herrn Stappenbeck als Referenten und Diskussionspartner dazu einzuladen.



Leindecker
Landesgeschäftsführer



Küper
Ausschussvorsitzender



Baier
Referent



Laumann
Protokoll